

Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift
Band: 24 (1920)
Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Frühling am Zugersee. Phot. Jean Gaberell, Thalwil.

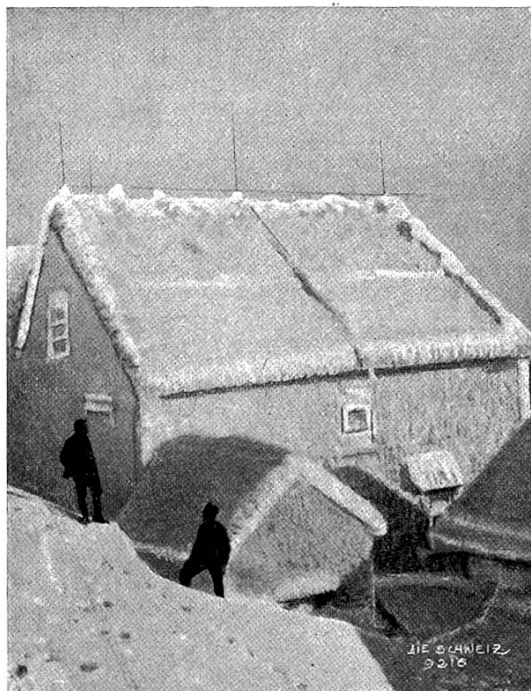
Politische Uebersicht.

Zürich, den 18. März 1920.

Die politische Lage in Europa, besonders in Deutschland, ist noch immer nicht sehr vertrauenerweckend, und gerade in den letzten Tagen haben sich hier wieder Dinge ereignet, die tiefen Besorgnissen zu rufen geeignet sind. Wohl hat man schon seit längerer Zeit geahnt, daß die Regierung Bauer gegenüber den reaktionären Kreisen Deutschlands einen schweren Stand habe; die Vermutung, daß diese nur den günstigen Augenblick abwarteten, um sich in den Besitz der Macht zu setzen, verdichtete sich allmählich zur Gewißheit, und der Prozeß Erzberger-Helfferich, der mit einer gelinden Verurteilung Helfferichs wegen Ehrverletzung und der moralischen Bloßstellung des vielgewandten, allzu geschäftstüchtigen Erzberger endigte und diesem als Reichsfinanzminister das Genick brach, bot den

reaktionären Elementen die willkommene Gelegenheit, die bisherige Regierung in Wort und Schrift als eine Regierung hinzustellen, unter welcher der Korruption Tür und Tor offenständen.

In den offiziellen Blättern machte sich schon seit einiger Zeit eine gewisse Nervosität bemerkbar; Symptome, wie die Ablehnung Professor Nicolais durch den Senat der Berliner Universität und dessen Schutz von Seiten der Regierung, das Auftauchen der Kandidatur Hindenburg für den Posten des Reichspräsidenten, der peinliche Auftritt im Hotel Adlon in Berlin, wo unter der Führung eines Hohenzollernprinzen Mitglieder der Entente-mission beleidigt und verletzt wurden, zwangen die Regierung zum Aufsehen, und es machte sich in der Tat ein gewisses Abbrücken dieser Regierung von den militaristisch-alldeutsch-monarchistischen Herren



Von der Wetterwarte auf dem Säntis. (Anlässlich der Neubesezung der Wetterwartstelle, Winter 1919/20). Das Observatorium im Rauheis. Phot. G. Egloff, St. Fiden.

fühlbar, was bei der Reaktion selbstverständlich unangenehm empfunden wurde; hatte doch Noske, der Kriegsminister, gerade Leuten aus diesen Kreisen bisher eine Mitarbeit an der Wiederaufrichtung der Ordnung im Reiche und der Organisation der bewaffneten Macht gestattet, die vielenorts ein nicht ganz unberechtigtes Kopfschütteln zur Folge hatte.

Immerhin — so unvermutet rasch und unvorhergesehen trat dann am 13. März die Entladung des Gewitters ein, daß nicht nur das deutsche Volk in seiner Ahnungslosigkeit, sondern das im allgemeinen besser orientierte Ausland verblüfft vor der Tatsache stand, daß mit Hilfe der Baltikumöldner der erzreaktionäre Kreditvereinsdirektor von Kapp und der bisherige Reichswehrgeneral von Lüttwiz von Döberitz her zu nachtschlafender Zeit die Reichshauptstadt überrumpelt und die Regierung Bauer zur schleunigen Abreise nach Sachsen veranlaßt hatte. Lüttwiz, der Retter des Reiches vor Spartakus, ein sehr tüchtiger Soldat, war zuvor nach einer Kontroverse mit der Regierung von seinem Kommando zurückgetreten, trat mit offenen Karten nun plötzlich, nachdem er längere Zeit der Stab und

Stecken der republikanischen Regierung gewesen, gegen diese auf, und die Sympathien, die er auch bei der Reichswehr genießt, ließen vermuten, daß sein Staatsstreich bei dieser im besten Falle tatenlos geduldet würde.

So sah sich am Morgen des 13. März die Welt vor die Tatsache gestellt, daß Deutschland zwei Regierungen besaß: die bisherige, republikanische, die von Dresden aus die Nationalversammlung nach Stuttgart einberief und sich selber dorthin begab, allerdings ohne den zurückgetretenen Erzberger und den in Schutzhaft genommenen Schiffer, und die neue, reaktionäre, die allerdings vorläufig erklärte, die Friedensbedingungen halten zu wollen, die Republik nicht anzutasten; die Wahlen zum Reichstag innerhalb 60 Tagen auszuschreiben usw., gegen den von der alten Regierung und die Sozialdemokraten angedrohten Generalstreik jedoch rücksichtslos vorgehen zu wollen drohte, was aber nicht hinderte, daß im Reiche der Streik in Szene gesetzt wurde und das an sich schon schwer leidende Volk noch mehr schädigte.



Von der Wetterwarte auf dem Säntis: Ankunft der Proviantträger Rust und Sohn. Phot. H. Hablützel, Zürich.

Taktisch war der Moment zum Losschlagen von diesen Heißspornen der Reaktion gut gewählt. Politisch aber stellt sich dieser Putz als unbegreifliches Beginnen hin. Denn daß, falls es den paar Männern, die sich in das neue Denken und Fühlen noch weniger hineinfinden können als ein großer Teil des Volkes — die Einsetzung des alldeutschen Heppfaffen Traub zum Kultusminister spricht Bände — gelungen wäre, sich zu halten, so würde sich wohl die versöhnliche Stimmung, die eine Milderung der Friedensbedingungen erhoffen ließ, bei den Führern der Alliierten rasch verflüchtigt haben.

Daß es im Verlaufe der Aktion da und dort zu Schießereien kam, ist fast selbstverständlich. Wesentlich ist, daß der Generalstreik, den die großen Organisationen in Szene setzten, das Wirtschaftsleben, die Ernährung der Bevölkerung stilllegte, daß die Regierungen der meisten Länder im Reiche sich für die verfassungsmäßige Regierung erklärten, daß Truppenbestände der Reichswehr die der Reaktion ergebenen Offiziere beseitigten, die leitenden Beamten und Unterstaatssekretäre in Berlin dem Usurpator-Reichskanzler von Rapp den Gehorsam verweigerten. Ja sogar ein paar Generäle, die sonst aus ihrem monarchistischen Herzen kein Geheimnis machten, traten zurück, weil sie den der republikanischen Regierung abgelegten Diensteid als ehrliche Soldaten nicht brechen zu können erklärten.

So kam es, wie es kommen mußte: die Regierung Rapp-Lüttwiz und ihre Hintermänner hatten sich in der Resonanz, die ihr Streich zur Folge haben würde, getäuscht, sie sahen sich zum Rücktritt genötigt, und ihre Verhandlungen mit der inzwischen in Stuttgart eingetroffenen verfassungsmäßigen Regierung haben zum Ergebnis geführt, daß die Generäle die zwei unmöglichen Herren fallen lassen, den bisherigen Leitern des Staates jedoch Bedingungen stellen, die diese kaum ganz werden ablehnen können. Da wird von dem genugsam bekannten General



Von der Wetterwarte auf dem Säntis: Der neue Wetterwart Haas und Frau vor dem Windmesserhäuschen.
Phot. C. Egloff, St. Fiden.

Gröner, Ludendorffs Nachfolger und Testamentsvollstrecker nach dem Niederbruch, Hindenburg als Beschützer der Regierung empfohlen; es wird die baldige Auflösung der Nationalversammlung verlangt, die Beibehaltung der Volkswahl des Reichspräsidenten gefordert, man erwartet eine Umgestaltung des Kabinetts, dem Fachbeamte konservativer Herkunft beitreten sollen, und es fragt sich, ob die Ablehnung dieser und anderer Forderungen nicht die Reaktion veranlassen könnte, durch Ersetzung Rapps und Lüttwizens durch einflußreichere Leute und Heraustreten aus der bisher bewahrten Reserve unter Einsatz ihrer physischen Machtmittel das zu erzwingen, was ihr die inzwischen in Stuttgart versammelte Nationalversammlung verweigern sollte.

Was der Putz zur Folge hatte, waren Vorsichtsmaßnahmen der Entente, war ein Zusammenschluß der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen an einzelnen Orten im Lande herum und war die Forderung der Rätediktatur von Seiten



Von der Wetterwarte auf dem Säntis: Bei der Blitzableiter-Reparatur. Phot. G. Hablützel, Zürich.

der Kommunisten. In Berlin wurde die Räterepublik in den Arbeitervierteln am 17. März bereits ausgerufen, in deren Namen Rapp und Lüttwich ein Ultimatum überreicht wurde mit der Forderung, bis abends um 9 Uhr die Truppen zurückzuziehen, ansonst die Arbeiter bewaffnet gegen sie vorgehen würden. In den Industriegebieten, in Chemnitz, Essen und andernorts erfolgte ebenfalls die Ausrufung der Räterepublik, wird die Diktatur des Proletariats gefordert, blutige Zwischenfälle und Zusammenstöße wiederholen sich überall, besonders in Leipzig, wo leider auch zwei Messebesucher aus der Schweiz, Heinrich Zwick-Wetzerle aus Müllheim, und der in Bern ansässige Deutsche Paul Kreide bei Anlaß einer Schießerei am 15. März ums Leben gekommen sind.

Als letzte Meldung des Vertreters der Schweiz. Depeschagentur wurde heute, am 18. März, aus Stuttgart gemeldet, daß als innerpolitisches Ergebnis des Putsches ein Kompromiß zwischen den führenden Mitgliedern der Mehrheitsparteien, den Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei zustande gekommen sei, der folgende Punkte enthalte:

1. Die Wahlen zum Reichstag sollen spätestens im Juni dieses Jahres stattfinden.
2. Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt nach Maßgabe der Reichsverfassung durch das Volk.
3. Eine baldige Umbildung der Reichsregierung wird für erforderlich gehalten.

Diese Uebereinkunft ist, falls sie wirklich zustande kam, ein unzweifelhafter Erfolg der Parteien, die zwar die Putschleute fallen ließen, denen jedoch die gegenwärtige Reichsregierung nicht genehm ist und die gegen die Einsetzung eines Hindenburg in die Präsidentschaft weniger als nichts einzuwenden hätten. Daher die scheinbar demokratische Forderung der Volkswahl; denn offenbar rechnen sie mit der Popularität des alten Troupiers, die auch durch den militärischen Niederbruch nicht wesentlich geschmälert worden ist. Wenn die Kommunisten Leninscher Richtung nicht einen Strich durch die Rechnung machen und neue Situationen schaffen und die bolschewistische Gefahr sollte beschworen werden können, so dürfte zum mindesten das Ergebnis der Wahlen stark im Sinne der nationalistischen, wenn nicht monarchistischen Kreise ausfallen. So erscheint der Sieg der Regierung Bauer eher als

eine maskeierte Kapitulation, und es ist noch abzuwarten, ob die strafrechtliche Verfolgung der Führer der Berliner Rebellen Kapp, Lüttwitz, Jagow, Admiral v. Trotha, Hauptmann v. Pabst, Reichsanwalt Brederick, Oberst a. D. Bauer und Kapitän Erhardt, wenn sie wirklich eingeleitet wurde, auch zu dem Urteil führt, das derartige, bei der heutigen Lage des deutschen Volkes besonders verbrecherische Machenschaften politischer Heißsporne nach Verdienst ahndet. Hat doch das gewaltsame Vorgehen der Reaktionäre nicht nur die Ernährung des Volkes und die mühsam aufrecht erhaltene innere Ordnung neuerdings in Frage gestellt, sondern auch die Gefahr des bolschewistischen Terrors in unmittelbare Nähe gerückt, und diese Gefahr geht ganz Europa an; darüber besteht gar kein Zweifel. Sollte die, wie es andererseits scheint, von der Mehrheit der in Stuttgart zusammengetretenen Nationalversammlung geforderte Strafverfolgung mit Konfiskation der Vermögen der Auführer in aller Strenge durchgeführt werden, so wäre das ein Zeichen, daß die Demokratie gesiegt hätte und unsere Befürchtungen sich als Irrtum erwiesen. Im Interesse der Ruhe und des Wiederaufbaus in Europa wünschen wir lebhaft, schlechte Propheten gewesen zu sein, und

hoffen, die demokratischen Traditionen in Württemberg, Baden und Bayern seien stark genug, den diktatorischen Gelüsten von oben und unten ein kraftvolles Halt zuzurufen und die preußischen Macht- und Revanchepolitiker in Schranken zu halten. Gelingt das, so dürfte der Berliner Putsch noch die segensreiche Folge für Deutschland gehabt haben, daß er vielen die Augen öffnete, die bisher die Gefahr nicht sehen wollten, in der die Republik von rechts her geschwebt hat.

* * *

Die Ereignisse in Berlin hatten in Bayern einen Minister- und zugleich einen Systemwechsel zur Folge. Unter dem Eindruck, den er von der Stimmung eines Teiles seiner Offiziere bekam, glaubte der Befehlshaber der bayrischen Reichswehr den Schutz der Regierung Hoffmann nicht mehr verbürgen zu können, und das Ministerium in München meinte nun, diesem Drucke nachgeben und die vollziehende Gewalt über Bayern auf den Truppenkommandanten übertragen zu müssen. Die unmittelbare Folge dieser Maßnahme war der Generalstreik. Hieraus zog Ministerpräsident Hoffmann die Konsequenz, er demissionierte Sonntag den 14. März, und am Abend desselben Tages trat das gesamte Kabinett zurück.



Von der Wetterwarte auf dem Säntis. Im Beobachterstübchen: Wetterwart Haas und Frau, Träger Rusch und Sohn. Phot. H. Hablützel, Zürich.

Die bayrische Volkspartei übernahm hierauf die Führung; Demokraten und Bauernbund sagten ihre Mitwirkung zu. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei, die an Mitgliederzahl der Volkspartei nur um wenig unterlegen ist, zog sich dagegen in den Schmollwinkel zurück und verzichtete auf die Beteiligung an der Regierung. Als Ministerpräsidenten schlug die Volkspartei Dr. von Rahr, einen bewährten Verwaltungsbeamten konservativen Gepräges, vor, und unter dessen Führung hat sich nun ein bürgerliches Ministerium gebildet, bestehend aus: Kultusminister (bisher. Ministerialdirektor) Matt (Volksp.), Justizminister Dr. Ernst Müller (Demokrat), Handelsminister Hamann (Demokrat), Finanzminister Kofler (Volksp.), Sozialminister Oswald (Volksp.), Landwirtschaftsminister Direktor Bußelhofen (Bauernbund) und Verkehrsminister v. Frauendorfer. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bemerken zu diesem Wechsel: „Von den Folgen oder Erscheinungsformen einer Militärdiktatur in Bayern zu sprechen, wäre wohl ein allzu starker Ausdruck für das Tatsächliche; aber kein ernsthafter Politiker wird leugnen wollen, daß dieses Ende des Ministeriums Hoffmann einen recht fatalen Beigeschmack hat.“

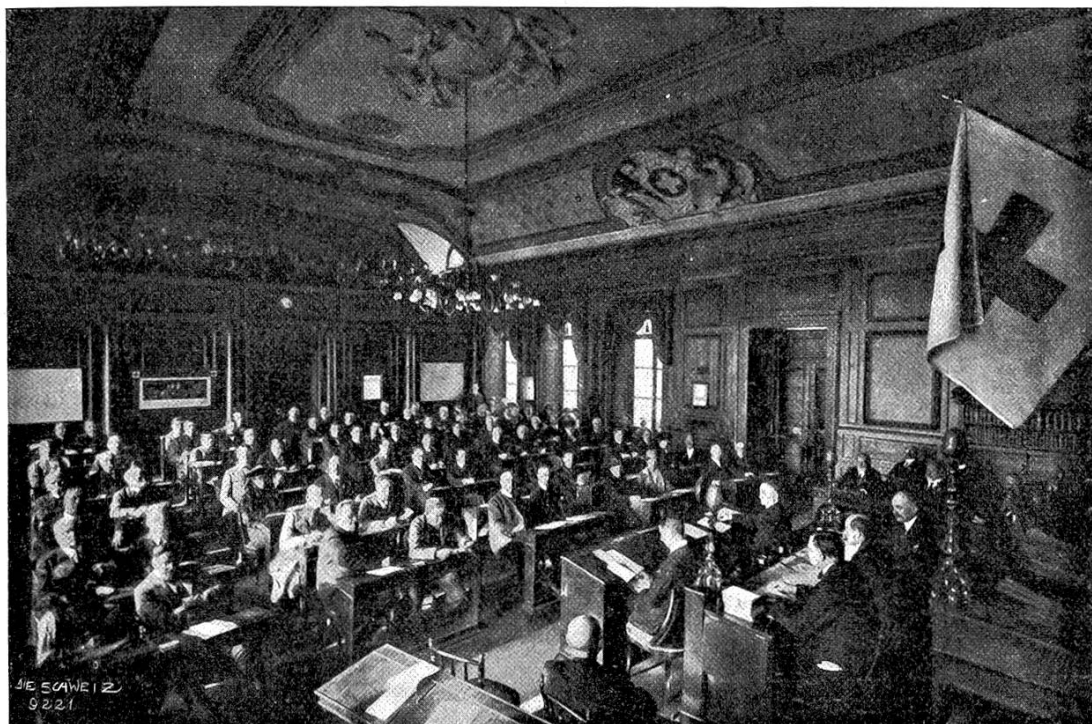
Bemerkenswert ist schließlich die Abstimmung über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Dänemark in der zweiten (Glensburger) Zone. Sie ergab eine Sechsfünftel-Mehrheit zugunsten Deutschlands (81,448 gegen 13,022 Stimmen).

* * *

Ob nicht solche Vorgänge, wie die oben geschilderten, unter unsern bürgerlichen Gegnern des Völkerbundes, der typischerweise weder den Bolschewisten noch den einseitigen Militaristen in den Kram passen will, einiges Nachdenken und Umdenken zur Folge haben? Man sollte doch glauben, daß nach all den furchtbaren Erlebnissen der verfloßenen sechs Jahre — für wie viele verlorener Jahre des, ach so kurzen, Lebens! — unter dem Eindruck der Not und Sorge der Nachkriegszeit das Gefühl, wenn nicht das Bewußtsein sich meldete, daß ein Fortwursteln in den alten Bahnen mach-

politischer Grundsätze einfach undenkbar sei. Man sollte meinen, die zwischenstaatliche Organisation oder doch der Versuch, der schüchterne Anfang einer solchen, würde von allen nach endlichem Frieden leidenden Menschen freudig begrüßt und mit leidenschaftlicher Hingabe unterstützt! Statt dessen begegnet man bei uns oft einer derartigen Gleichgültigkeit der großen Schicksalsfrage gegenüber, die jeden Freund der Sache schmerzen muß und die wahrlich für den Schweizer, auf dem doch dank der demokratischen Verfassung eine besondere Verantwortung lastet, kein gerade glänzendes Zeugnis ablegt. Gewiß — es gibt bei uns wie anderwärts Leute, die sich aus den hergebrachten Denkgewohnheiten nicht von heute auf morgen lösen können. Sie glauben daran, weil ihre Vorfahren daran geglaubt haben; aber man sollte doch erwarten, solche Weltbeben, die alles bisherige Denken zerschanden machten, die zeigen, wohin der Standpunkt „si vis pacem, para bellum“ (wenn du den Frieden willst, halte dich zum Kriege bereit) die Menschheit geführt hat, sollten das selbständige Denken wecken und den hintersten Mann aufrütteln, Stellung zu einem Problem von der Tragweite, die dem des Völkerbundes eignet, zu beziehen.

Wir haben noch in unserm letzten Bericht die Antwort des Völkerbundesrates mitgeteilt, wonach die Vorbehalte, von welchen die Schweiz den Beitritt abhängig macht, in vollem Umfang genehmigt sind. Die militärische Neutralität ist uns zugesichert; wirtschaftlich freilich sind wir als Mitglieder der Liga der Nationen verpflichtet, an einer allfälligen Exekution des Bundes teilzunehmen. Diese „differentielle“ Neutralität ist vielen ein Stein des Anstoßes; aber wer über den Sinn der Organisation der Nationen gegen den Krieg und die Gewalttat nachdenkt, dem muß unwillkürlich einfallen, daß hier lediglich ein Prinzip auf die Gesellschaft der Staaten ausgedehnt wird, das in der menschlichen Gesellschaft schon längst anerkannt ist: das Prinzip, daß wir einem Bürger, der sich gegen Gesetz und Verfassung vergeht, auch nicht „neutral“ gegenüberstehen: er



Delegiertenversammlung der Liga des Roten Kreuzes in Genf (2.—9. März 1920). Abgeordnete von 27 verschiedenen Ländern nahmen an den Sitzungen teil. Phot. Jullien, Genf.

wird eben bestraft; der Schuldlose wird freigesprochen und bleibt straflos. Hierin besteht gerade die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze, daß ein jeder verhindert wird, gestützt auf seine Macht oder seinen Einfluß andere zu vergewaltigen, und dieser Rechtsgrundsatz soll vom Völkerbund auf das zwischenstaatliche Leben übertragen werden. Eine bloß moralische Unterstützung dieser Absicht durch den Beitritt bei Wahrung der vollen Neutralität, die auch die wirtschaftliche in sich schließt, wäre doch wohl sehr wenig ehrenwert; es darf schon als eine weitgehende und nur in der besondern Lage der Schweiz begründete Konzession betrachtet werden, daß wir militärisch an einer einstimmig beschlossenen Exekution nicht zur Teilnahme verpflichtet sind und militärische Vorbereitungen oder Operationen auf unserem Gebiete nicht dulden müssen. Zudem lehrten die Erfahrungen während des großen Krieges zur Genüge, daß wir die wirtschaftliche Neutralität auch als Nichtmitglied des Völkerbundes kaum zu bewahren imstande wären, ja, wenn wir darauf bestünden, die wirtschaftlichen Beziehungen mit

einem strafbar gewordenen Staate aufrecht zu erhalten, ganz einfach in die Blockade mit einbezogen würden. Durch unsern Beitritt ist nun aber zum vorderein eine klare Situation geschaffen. Wir erklären, uns auf den Standpunkt des Rechtes gegen die Gewalt zu stellen und mit einem Friedensbrecher keine gemeinsame Sache machen zu wollen. Sollte er darauf das Recht gründen, uns als Feind zu behandeln, so hätten wir den Völkerbund im Rücken; sollte dieser aber aus unserer Weigerung dieselbe Konsequenz ziehen, wenn auch nur wirtschaftlich, so wäre die Hilfe des Einzelstaates gegen die mächtige Liga wahrlich ein geringer Trost für uns. Diese Erwägungen aber werden durch die Ueberzeugung noch unterstützt, daß nur durch eine Organisation des Rechts, durch den Völkerbund — mögen auch seine Satzungen heute noch so mangelhaft sein — rechtlich geordnete Verhältnisse auf unserm blutgetränkten Kontinent erreicht werden können und daß der Moment, diesen Bund zu gründen, und der Versuch, der fluchwürdigen Machtpolitik ein für allemal ein Ende zu bereiten,

nie besser gewählt war als heute, da der aus ihr entsprungene Weltkrieg mit ihrer furchtbaren Niederlage geendet hat. Gerade dagegen aber, daß nun auf der Seite der Sieger nicht der militaristisch-imperialistische Geist die Oberhand gewinne, ist der Beitritt aller im Weltkriege Neutralen zum Völkerbund die sicherste Abwehr; eine einzige Stimme kann Beschlüsse, die von den fünf Großmächten beantragt sind, zu Fall bringen, weil mit Ausnahme der Fragen des Verfahrens alle Beschlüsse vom Räte einstimmig gefaßt werden müssen, und schon dieses Vetorecht jedes Mitgliedes sichert die Welt vor einer Hegemonie von Seiten einer mächtigen Gruppe von Staaten. Sollte also die Schweiz, deren Geschichte den Beweis erbringt, daß die Verschiedenheiten und Gegensätze nationaler Art kein Hindernis bilden, einen Staatenbund, ja einen Bundesstaat von festem Gefüge zu schaffen, dieser großartigen Schöpfung wirklich fern bleiben und ihre Mitarbeit an der Aufrichtung eines Rechtsfriedens in Europa verweigern, die Schweiz, die doch, wie jeder Kleinstaat, wahrlich an der Aufrechterhaltung des Völkerrechtes und des Friedens besonders interessiert ist? Das können wir nicht glauben, und das will offensichtlich auch unser Bundesrat nicht, der, durch die Widerstände, die dem Beitritt zum Völkerbunde in den Vereinigten Staaten erwachsen sind, und die Erklärung des Völkerbundsrates in London vor eine völlig neue Situation gestellt, in einer Zusatzbotschaft vom 17. Februar 1920 den Räten einstimmig beantragte, die sogenannte „Amerikaklausel“ fallen zu lassen, d. h. den Beitritt zur Liga der Nationen nicht mehr von demjenigen der fünften Großmacht (Amerikas) abhängig zu machen. Und hoch erfreulicher Weise teilten Nationalrat und Ständerat am 3. und 5. März die Ansicht des Bundesrates, so daß dieser noch rechtzeitig vor dem 10. März die Beitritts-erklärung der Schweiz als ursprüngliches Mitglied in London abgeben lassen konnte. Im Nationalrat stimmten 144 Mitglieder für, 55 gegen die Abänderung des Bundesbeschlusses vom 21. November 1919 über

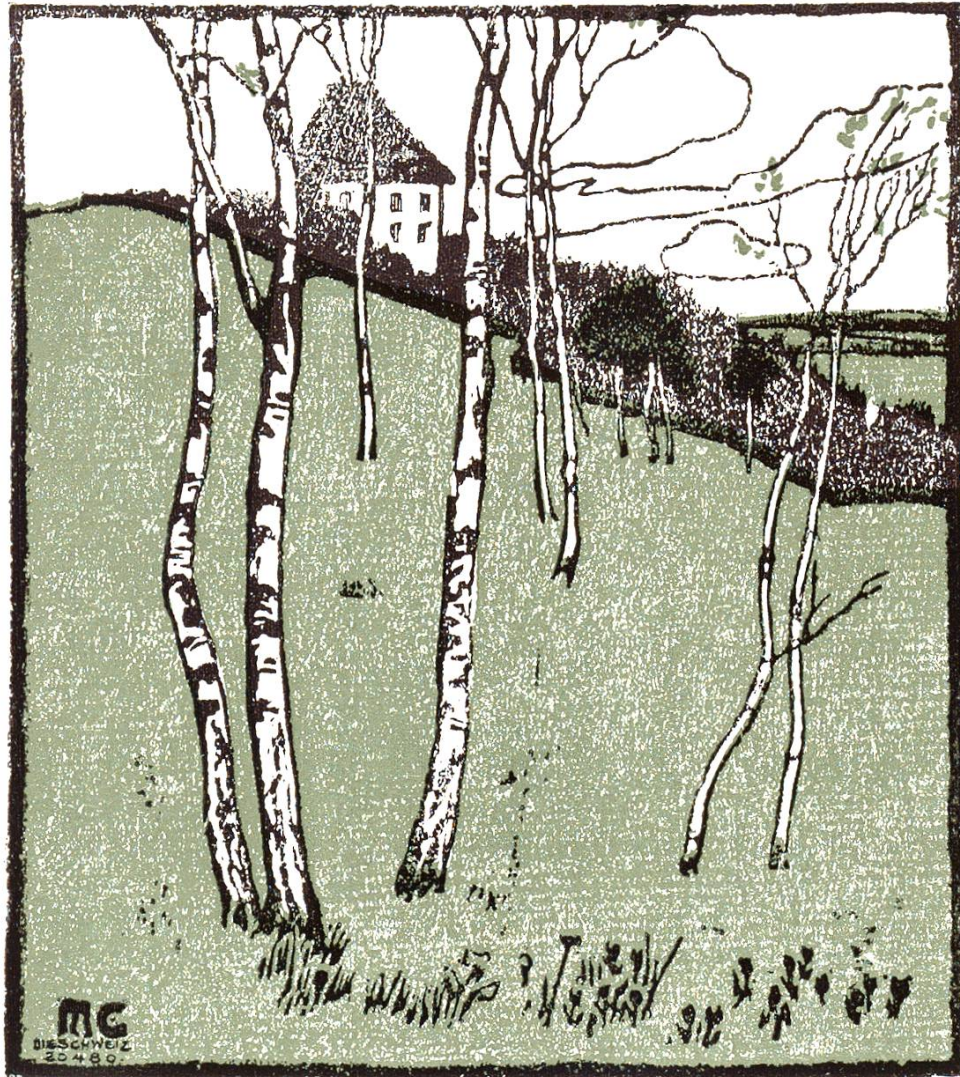
den Beitritt zum Völkerbund; im Ständerat standen 30 zustimmenden 6 ablehnende Stimmen gegenüber.

Nun möge sich unser Volk auf die am 16. Mai stattfindende Abstimmung wohl vorbereiten und die Gründe für und gegen den Beitritt reiflich überlegen. Gelegenheit, sich zu informieren, wird schon heute geboten; bereits seit geraumer Zeit sind von Freunden und Gegnern Volksversammlungen veranstaltet worden. Die beiden Aktionskomitees pro und contra entfalten eine rege Tätigkeit und treten in Schrift und Wort für ihre Ueberzeugung ein. Bemerkenswert ist die Kontroverse, die zwischen dem Oberstkorpskommandanten und ehemaligen Generalstabschef v. Sprecher und der Gruppe Zürich der Vereinigung schweizerischer Republikaner in den „Basler Nachrichten“, der „Neuen Schweizer Zeitung“ und den „Schweiz. „Republ. Blättern““ ausgefochten wird.

* * *

(Nachtrag nach Redaktionsluß).

Ein Zeugnis vom gefundenen Sinn des Schweizervolkes legte am 21. März das Ergebnis der eidgenössischen Abstimmung über die Spielbankinitiative ab, die von der Mehrheit der Stände und rund 273,000 gegen 221,000 Stimmen angenommen wurde, während der Gegenentwurf der Bundesversammlung mit 331,000 gegen 115,000 Stimmen einhellig von allen Ständen mit Ausnahme Nidwaldens verworfen worden ist. Der Grundsatz, daß die Verfassung nicht durch Nachsicht und Kautschutparagrafen umgangen werden dürfe, auch wenn diese Umgehung vielleicht gewisse Fremde anlocken könnte, ihre Sommerfrische in der Schweiz zuzubringen, hat wohl den Ausschlag gegeben. Schmerzlich empfinden wir das negative Resultat der Abstimmung über das Bundesgesetz über die Ordnung des Arbeitsverhältnisses, das am selben Sonntag mit 254,375 gegen 253,424 vom Volke verworfen wurde, wohl eine Folge der Gerechtigkeit vieler Bürgerlichen gegen die Arbeiterpartei. Sie könnte für die Zukunft verhängnisvoll sein, wenn der Fehler nicht durch einen vernünftigen Ausbau der sozialen Gesetzgebung in absehbarer Zeit korrigiert wird. H. M.-B.



Martha Cunz, St. Gallen.

Vorfrühlingstag.
(Farbiger Holzchnitt).